30.

G. A. van Hamel († 1. März 1917).

Ein Nachruf von Dr. Franz von Liszt.

Die Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Grundanschauungen und der praktisch-legislativen Bestrebungen hat die drei Begründer der *J. R. V.* in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zusammengeführt. Zu der Waffengemeinschaft war gar bald warme persönliche Freundschaft hinzutreten, die trotz der Verschiedenheit der Volkszugehörigkeit und des Temperaments über drei Jahrzehnte lang allen Wechselfällen der Ereignisse standgehalten hat und wohl von jedem von uns zu den wertvollsten Lebensgewinnen gerechnet worden ist. Als langjährige Leiter der *J. R. V.* haben wir in Wort und Schrift gemeinsam für unser Programm gekämpft; auf den Tagungen, die die *J. R. V.* in fast sämtlichen Staaten Europas abgehalten hat, sind wir nebeneinander für unsere Anschauungen eingetreten; die persönlichen Schicksale eines jeden Einzelnen von uns haben bei den beiden Anderen verständnisvolle Teilnahme gefunden. Es war nur der adäquate Ausdruck dieses Verhältnisses, wenn der Festband, der 1914 anlässlich des fünfundschwanzigjährigen Bestehens der *J. R. V.* unser internationaler Sekretär, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ernst Rosenfeld, herausgegeben hat, die Bilder von uns Dreien auf dem Titelblatt vereinigte. Seit dem Ausbruch des Krieges habe ich von Adolf Prins keine unmittelbare Nachricht mehr. Und G. A. van Hamel ist uns nach kurzem Leiden vor wenigen Wochen entzissen worden.

In der letzten kriminalistischen Umschau der *Z.* (oben S. 508) habe ich von dem Tode meines alten Freundes vorläufige Mitteilung gemacht und eine eingehende Besprechung seines Lebensganges und Lebenswerkes versprochen. Dieses Versprechen sollen die nachstehenden Zeilen einlösen, soweit die Kürze der mir zu Gebote stehenden Zeit und die Lückenhaftigkeit des in meinen Händen befindlichen Materials, das während des Krieges schwer ergänzt werden kann,

es mir gestatten. Ich möchte das Bild zeichnen, wie es mir vor der Seele steht; auch wenn die Züge nicht immer scharf und nicht immer vollständig sein sollten.

W. H. van Hamel ist am 7. Januar 1842 in Harlem geboren, als Sprößling einer alten hugenottenfamilie, die im 17. Jahrhundert aus Nordfrankreich nach den Niederlanden ausgewandert war. Er war der Zwilling Bruder von H. G. van Hamel, dem späteren Professor der romanischen Philologie in Groningen, mit dem ihn, bis zu dessen Tode, weitgehende Übereinstimmung der Ansichten und Anschauungen in treuer Anhänglichkeit verbanden. Mit 23 Jahren wurde er an der Universität Leyden zum Doktor beider Rechte promoviert; seine Dissertation behandelte den Verkauf einer fremden Sache. Er war dann als stellvertretender Justiz-Offizier (Staatsanwalt) in Heerenveen und Rotterdam, sowie als Rechtsbeistand im Kriegsdepartement tätig. 1877 verheiratete er sich mit Maria s'Jacob; der glücklichen Ehe entstammen zwei Söhne, der ältere 1880, der jüngere 1886 geboren.

In diese Zeit fällt die Veröffentlichung seiner ersten wissenschaftlichen Abhandlungen. Von diesen ist die im Januar 1870 geschriebene, 67 Seiten umfassende Vortragsrede der Arbeiten des Deutschen Juristentages (erschieden in der Niederländischen Zeitschrift *De Gids*) als erste in seine Gesammelten Abhandlungen aufgenommen worden. Die Abhandlung gab damals den Anstoß zu der Begründung der Niederländischen Juristenvereinigung, in deren Vorstand van Hamel gewählt wurde. Er hat an den Arbeiten der Vereinigung bis zu seinem Tode lebhaften Anteil genommen. Noch im vorigen Jahre, auf der Versammlung zu Leyden, wurde ihm der Dank für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit ausgesprochen. Diese und andere Arbeiten (vgl. auch den im November 1879 verfaßten Bericht über vier akademische Reden von Brusa, Modderman, Pols und van der Hoeven, Abhandlungen S. 113) lenkten die Aufmerksamkeit der Fachkreise auf ihn. Im Jahre 1880 wurde er als Nachfolger des nach Turin berufenen Emilio Brusa zum Professor des Strafrechts an der Universität zu Amsterdam ernannt. Am 24. September 1880 hielt er seine Antrittsrede über „die Grenzen der Herrschaft des Strafrechts“ (Abhandlungen S. 150–181); er vertrat hier bereits die Ansicht, daß der Staat nur dort Strafe androhen und verhängen soll, wo andere Mittel zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung

nicht ausreichen; damit ist, ohne daß er es ausdrücklich ausgesprochen hat, der starre Vergeltungsgebanke abgelehnt und der Satz anerkannt, daß die Strafe nicht das einzige Mittel zur Bekämpfung des Unrechts ist.

Drei Jahrzehnte hindurch war van Hamel als Professor in Amsterdam tätig. 1890/91 bekleidete er das Amt des Rector magnificus (seine Rektoratsreden sind in den Abhandlungen S. 523, 552 abgedruckt). Während dieser ganzen Zeit erfreute er sich der begeisterten Anhänglichkeit seiner Zuhörer, von der mich selbst zu überzeugen ich mehr als einmal Gelegenheit hatte. Es war ja auch gar nicht anders möglich. Die Lebhaftigkeit seines Temperaments, die Klarheit und Schönheit seiner Rede, sein warmer Idealismus und die bis ins hohe Alter hinein bewahrte Jugendlichkeit seines ganzen Wesens machten ihn zu einem vollendeten Lehrer und Führer der akademischen Jugend, der er sein Leben lang mit Rat und Tat mahnend und helfend zur Seite stand. Zum ergreifenden Ausdruck kam die Liebe der Studentenschaft und die Hochschätzung, die ihm seine Kollegen entgegenbrachten, als van Hamel nach einer schweren und lebensgefährlichen Operation, die ihn monatelang von seinem Lehrstuhl ferngehalten hatte, am 18. Februar 1898 seine Lehrtätigkeit wieder aufnahm. In dem mit Blumen geschmückten Hörsaal wurde er von dem Rector magnificus und einem Vertreter der Studentenschaft durch Ansprachen, von den sämtlichen Anwesenden mit nichtendenwollendem Beifall begrüßt. Er antwortete in einer Rede, die für seine Persönlichkeit um so kennzeichnender ist, als sie die Gedanken wiedergibt, die, wie er sagte, ihn auf seinem langen Schmerzenslager am meisten beschäftigt hatten (nach den Aufzeichnungen von Professor Treuß im Auszug wiedergegeben in den Abhandlungen S. 914). Als das Lebensprinzip des Kriminalisten bezeichnete er das „Streben nach Wahrheit“. An den Dreyfusprozeß erinnernd, betonte er, daß auch der Grundsatz der rechtskräftigen Erledigung, der Ausschluß der Öffentlichkeit und das Amtsgeheimnis das Suchen nach Wahrheit im Strafverfahren nicht beeinträchtigen dürfe. Und das innerste Wesen der neueren Richtung in der Strafrechtswissenschaft ist nach ihm gekennzeichnet durch das Bemühen, in den kausalen Erkenntnissen der Kriminalität besser als bisher die Wahrheit über Verbrechen und Strafe zu finden.

Das erste Jahrzehnt seiner Lehrtätigkeit führte van Hamel mitten hinein in die neu erwachende kriminalpolitische Bewegung, die bald darauf in der Gründung der J. N. V. ihre Zusammenfassung fand.

Das Jahr 1885 brachte die erste persönliche Begegnung zwischen ihm und mir. Den äußeren Anlaß bildete seine Teilnahme an dem Internationalen Gefängnis-Kongreß zu Rom. van Hamel hat über die die Entstehung unserer Beziehungen in der Festschrift der J. R. W. 1914 selbst berichtet. Er hatte für den Kongreß ein Gutachten über die Frage übernommen, inwieweit die Freiheit des Richters bei der Zurechnung der Strafe reichen solle. Die Wahl war gerade auf ihn gefallen, weil das holländische StGB. vom 3. März 1881, das am 1. September 1886 ins Leben treten sollte, dem Richter in allen Fällen das Herabgehen bis zu dem gesetzlichen Mindestmaß der angedrohten Strafart gestattet. Als van Hamel an die Ausarbeitung des Gutachtens ging, überzeugte er sich bald, daß die Frage nicht gelöst werden könne, ehe Klarheit über den Zweck der Strafe geschaffen wäre. Dadurch wurde er auf mein 1882 erschienenenes Programm „Der Zweckgedanke im Strafrecht“ geführt. Sein Gutachten (Abhandlungen S. 308) stellte sich denn auch mit aller Entschiedenheit auf den von mir vertretenen Standpunkt und brachte das auch dadurch zum Ausdruck, daß es als Motto einen Satz aus meinem Programm wählte. Hatte schon der aus diesem Anlaß eingeleitete Briefwechsel eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten zwischen uns herausgestellt, so führte van Hamels Besuch, den er in Marburg im Juli 1885 zu meiner großen Freude machte, zu einer gründlichen Aussprache und zu dem Entschluß, mit vereinter Kraft unsere Anschauungen nach außen hin zu vertreten. Schon im folgenden Jahre begründete van Hamel, angeregt durch das seit 1880 erscheinende Archivio di psichiatria criminale und die seit 1881 ins Leben getretene Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, aus Anlaß des Inkrafttretens des Niederländischen Strafgesetzbuches von 1881 (vgl. dazu die akademische Rede in den Abhandlungen S. 335) in Gemeinschaft mit den übrigen Professoren des Strafrechts an den niederländischen Universitäten die „Tijdschrift voor Strafrecht“, die von Anfang an neben den wissenschaftlichen Abhandlungen eine sehr vollständige allgemeine Bibliographie und eine Übersicht über die Rechtspflege der niederländischen Gerichte in Strafsachen brachte und dadurch eine über die Grenzen des Landes weit hinausgehende Bedeutung erlangte. Diese Übersichten, ergänzt durch Angaben über die niederländische Literatur, sind dann gesammelt von den Leitern der Zeitschrift unter dem Titel herausgegeben worden: Het Wetboek van Strafrecht met aantekeningen, 2. Ausgabe 1910 (die ersten zwanzig Bände der Zeitschrift umfassend).

In demselben Jahre 1886 erschien das Buch von Prins: *Criminalité et répression en Science pénale et droit positif*. Meine Besprechung des Buches in der Z. (VII 179) brachte mich dem Verfasser erst brieflich, dann auch persönlich nahe. Auch hier stellte sich eine weitgehende Übereinstimmung in den Grundanschauungen heraus, wenn auch Prins den italienischen Kriminal-Anthropologen viel ferner stand als ich oder gar van Hamel, den enge persönliche Beziehungen sowohl mit Cesare Lombroso als auch namentlich mit Enrico Ferri seit dem Römer Kongreß verbanden. So reifte allmählich der Plan, die Vertreter der neuen kriminalpolitischen Richtung in den verschiedenen Ländern zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Über die Entstehung der F. R. V. habe ich in der oben erwähnten Festschrift nähere Angaben gemacht, auf die ich hier verweisen darf. Die neue Gesellschaft ist am 1. Januar 1889 ins Leben getreten. Nach den Satzungen bestand der Geschäftsführende Ausschuß bis zur ersten Mitgliederversammlung aus Prins, van Hamel und mir. Die erste Versammlung fand noch im August desselben Jahres in Brüssel statt; sie bestätigte uns in unseren Ämtern, die wir bis zum Ausbruch des Krieges beibehielten. van Hamel hat an der Ausbreitung der Vereinigung lebhaften und erfolgreichen Anteil genommen. Ich verweise insbesondere auf die Abhandlung „De Internationale Vereniging voor Strafrecht“ 1889 und die am Jahrestage der Gründung der Amsterdamer Universität gehaltenen Rectoratsrede, die eine klare und vollständige Übersicht über Entstehung und Ziel der Bewegung gibt: „De tegenwoordige beweging op het gebied van het strafrecht“ (1890; abgedruckt in den Abhandlungen S. 497 und 523).

Nicht nur in den Versammlungen der F. R. V. und der Niederländischen Juristen-Vereinigung, sondern auch auf den Internationalen Gefängnis-Kongressen sowie auf den Kongressen für Kriminal-anthropologie war van Hamel bis in die letzte Zeit hinein einer der eifrigsten und anregendsten Teilnehmer. Sein hervorragendes Sprachtalent kam ihm dabei sehr zustatten; das Französische beherrschte er wie seine Muttersprache, im Deutschen drückte er sich fließend und fehlerfrei aus, englisch und italienisch war ihm geläufig.

1889 erschien die erste Auflage seiner *Inleiding tot de studie van het nederlandsche Strafrecht*, I. Band (496 Seiten), dessen Inhalt die allgemeinen Lehren des Strafrechts bildete. Ein II. Band mit der Darstellung des Besonderen Teils sollte folgen. Später hat van Hamel diesen Gedanken aufgegeben. Von einer vollständigen

Systematisches der einzelnen Delikte erwartete er wenig Vorteil für die Studierenden; für die wissenschaftliche Behandlung des Besonderen Teiles schien ihm der Weg der Monographie der richtigere. Als die zweite Auflage der „Einleitung“ erschien (1907), bildete sie ein für sich selbständiges Ganze. Diese Auflage, die umgearbeitet und nicht unwesentlich erweitert war (658 Seiten), hat der Verfasser Prinz und mir gewidmet („Den Heiden, mit denen ich an der Gründung der F. R. V. teilhaben durfte, mit denen seither in inniger Geistesverwandtschaft und treuer Freundschaft zu stehen ich das Glück gehabt habe“). Nach kurzem Zwischenraum folgte noch eine dritte Auflage (1913; 704 Seiten), die wenig verändert, mehrfach aber ergänzt ist. Sie trägt die Widmung: *filio successori sacrum*. Auf dieses Hauptwerk des Verstorbenen komme ich noch zurück.

Schon seit Jahren war van Hamel im Gesundheitsamt Amsterdams tätig gewesen. Für das öffentliche Leben hatte er überhaupt das lebhafteste Interesse. Wohin er kam, suchte er sich über Verwaltung und Verwaltung, über die Regierung, über die politischen Parteien zu unterrichten. 1910 wurde er als Vertreter von Amsterdam IV in die 2. Kammer gewählt. Er schloß sich den Unirt-Liberalen an. Außerdem war er Mitglied der Provinzial-Staaten von Nordholland. Die politische Tätigkeit machte ihm Freude und gewährte ihm Befriedigung. Die Zuhörer wußte er in politischen Versammlungen ebenso zu fesseln, wie vom Lehrstuhl aus die Studenten. Eine führende Stellung hat er, wie ich bereits in meiner ersten Mitteilung erwähnte, nicht übernommen. Das ihm 1905 angebotene Justizministerium lehnte er ab, weil ihm das Zusammenarbeiten mit einzelnen der andern Kabinettsmitglieder nicht zusagte.

Mit der Annahme des Mandats für die Generalstaaten mußte van Hamel nach den gesetzlichen Bestimmungen von seinem Lehramt scheiden. Vom Sommer 1910 ab nannte er sich nach niederländischem Brauch „Oud-Hoogleraar der Universiteit van Amsterdam“. Auf den dringenden Wunsch seiner Schüler und Freunde unternahm er es, die wichtigsten seiner zerstreuten Aufsätze und Vorträge zu sammeln. Das Buch ist 1912 unter dem Titel „Verspreide opstellen“ in zwei fortlaufend paginierten Bänden erschienen, deren erster die Jahre 1870 bis 1891, deren zweiter die Jahre 1892 bis 1912 umfaßt (1078 Seiten). Zwei Nachbildungen von Elgemälden aus Meisterhand schmücken das Werk. Das erste von Jan Beth, zeigt uns in klaren, einfachen Zügen den Verstorbenen auf dem Höhepunkt seiner Kraft; das andere,

von Josef Israels, aus späterer Zeit stammend, gibt in vollendeter Technik den geistvollen, lebenskräftigen Kopf mit dem im Alter noch reichlichen gewellten Haar wieder, läßt aber die Liebenswürdigkeit des Ausdrucks vermissen, die wir alle in lebendiger Erinnerung haben. Von dem Inhalt der beiden Bände wird später zu sprechen sein. An dieser Stelle möchte ich nur erwähnen, daß mir aus den Jahren nach 1912 eine einzige kleine Abhandlung van Hamels bekannt ist. Sie bildet den Abschluß der mehrfach erwähnten Festschrift der J. A. V. (S. 166—176) und trägt die Überschrift: „Zur Erinnerung und zum Abschied“. In dem ersten Teil schildert van Hamel die Entwicklung seiner Beziehungen zu mir und Prins und die Entstehung des Planes zur Gründung der J. A. V. Dabei hat sich in sein Erinnerungsbild ein Irrtum eingebracht, den ich, so unwichtig er an sich auch sein mag, an dieser Stelle doch nicht unberichtigt lassen möchte. „Es war,“ so erzählt er, „im Frühjahr 1889, als v. Liszt und ich an einem klaren Sommermorgen umhergingen im Siebengebirge und wir uns den Bau dieses internationalen, von einem neuen Geiste besetzten Verbandes planten, überzeugt, daß wohl in allen Ländern das Bedürfnis für Erneuerung und Aufrechterhaltung der strafrechtlichen Ansichten gefühlt werden und einem Aufruf gute Antwort von überall gegeben werden würde.“ Und weiter: „In diesem herrlichen und aufregenden Gedankenkreise bewegten wir uns, als wir, v. Liszt und ich, in den Tälern des Siebengebirges umhergingen; nicht lange nachher traten die drei Begründer der J. A. V. zusammen, um die Grundsätze ihrer Schöpfung festzustellen und als Programm zu formulieren.“ Auch ich denke heute noch gern und freudig an jene Wanderung durch das Siebengebirge und an den hohen Genuß, den mir der zukunftsreiche Gedankenaustausch mit dem gleichgesinnten Freunde bereitete. Aber van Hamel hat vergessen, daß damals die J. A. V. bereits gegründet war; am 17. September 1888 waren die Satzungen festgelegt worden und am 1. Januar 1889 ist, wie bereits erwähnt, die Vereinigung ins Leben getreten (vgl. meine Darstellung in derselben Festschrift S. 1 ff.). Auf jener Wanderung haben wir uns vielmehr über die zunächst in Angriff zu nehmenden Arbeiten sowie über die Vorbereitung der ersten Versammlung, die im Herbst desselben Jahres zu Brüssel stattfinden sollte, beraten und geeinigt. Dem Worte der „Erinnerung“ läßt der Zwei- und siebenzigjährige ein Wort des „Abschieds“ folgen, „da . . . der Abschied von jeder Wirksamkeit nicht mehr weit entfernt ist.“ Er ist davon überzeugt, daß schon heute die Strafrechtswissenschaft in mancher

Hinſicht die dogmatiſchen Züge verloren hat und ſie immer mehr verlieren wird. Er ſieht den Ausdruck dieſer Entwicklung in der immer entſchiedeneren Würdigung des ſubjektiven Elements in den Lehren von Verſuch, Teilnahme, Kauſalität uſw., ſowie in der Ausbildung eines vielgeſtaltigen Systems von Repreſſions- und Präventionsmitteln. Die Gewähr für die Fortbildung des Strafrechts in dieſer neuen Richtung erblickt er aber mehr darin, „wie die Richter, als darin, wie die Geſetzgeber denken“. „So rate ich Abſchiednehmender an erſter Stelle zur Ausbildung und Fortbildung der Richter.“

Das letzte Mal ſind die drei Begründer der Vereinigung zuſammengeſeſen, als am 24. Januar 1914 zu Berlin die F. R. V. die Feier ihres 25jährigen Beſtehens beging und zugleich das neue Arbeitsprogramm für die nächſten 25 Jahre aufſtellte (Mitteilungen 21 447, 459). van Hamel hat ſich mit ungeminderter geiſtiger Friſche an den Beratungen wie an der Feier beteiligt; daneben zeigten ſich aber doch unverkennbar die Spuren körperlicher Ermüdung. Wir hofften damals, uns alle drei bald in Rom wiederzuſehen. Es iſt anders gekommen als wir dachten.

Ein Wort noch über die Perſönlichkeit van Hamels, ehe ich zur Beſprechung ſeiner wiſſenſchaftlichen Arbeiten übergehe. In ſeiner ganzen äußeren Erſcheinung und in ſeinem Auftreten, in der mittelgroßen Geſtalt, den ſcharf geſchnittenen vornehmen Zügen ſeines Geſichts, in der Lebhaftigkeit ſeiner Bewegungen und der gewinnenden Liebenswürdigkeit allen Menſchen gegenüber erinnerte van Hamel, ſeiner Abſtammung gemäß, viel mehr an den franzöſiſchen als an den holländiſchen Typus. Er hat aus ſeiner Vorliebe für die franzöſiſche Sprache und für franzöſiſches Weſen auch niemals ein Hehl gemacht. Aber er hat auch die deutſche Sprache gern und gut geſprochen, und eine Anzahl ſeiner Abhandlungen iſt in deutſcher Sprache erſchienen. Die Arbeiten der deutſchen Wiſſenſchaft auf ſeinem Gebiete waren ihm genau bekannt, und ſein Lehrbuch des Strafrechts (ſo können wir die „Einleitung“ wohl beſſer nennen) hat mit den franzöſiſchen Systemen nur wenig, mit den deutſchen jaſt alles gemeinſam. Im Kriege iſt er, im Gegenſatz zu ſeinem Sohne und Nachfolger, durchaus neutral geblieben. Aber er hat den deutſchen Freunden auch in dieſer kritiſchen Zeit die Treue bewahrt und aus dieſer ſeiner Stellung kein Hehl gemacht. Vor wenigen Wochen noch erzählte mir einer unſerer jüngeren Kollegen, daß er eine akademiſche Kriegsrede auch an van Hamel geſchickt und von dieſem

eine freundschaftliche Antwort erhalten habe. So dürfen wir das Bild des Verstorbenen ungetrübt in unserem Herzen festhalten. Die näheren Freunde des Verstorbenen werden auch seiner treuen Lebensgefährtin, der vornehm-einfachen und liebenswürdigen Frau, die uns so oft in ihrem Hause gastlich empfangen hat, in dankbarer Ergebenheit gedenken und von Herzen wünschen, daß ihr die Jahre der Einsamkeit, in die sie nunmehr eingetreten ist, nicht zu schwer fallen mögen.

Ich habe es oft genug erfahren müssen, daß im Kreise der deutschen Fachgenossen van Hamel lediglich als der radikale Kriminalpolitiker galt, der ganz und ausschließlich im Fahrwasser der italienischen Kriminalanthropologen sich bewegt habe. Das ist eine einseitige und darum unrichtige Auffassung, die sich nur aus der ungenügenden Bekanntschaft mit den Schriften des Verstorbenen erklärt. Schon die Gesammelten Abhandlungen ergeben ein anderes Bild. Gewiß ist eine ganze Reihe von ihnen der Neuorientierung der strafrechtswissenschaftlichen Grundanschauungen wie den Einzelfragen der Kriminalpolitik gewidmet. Mehrere von ihnen habe ich im Verlauf meiner Darstellung bereits erwähnt. Manche andere kommt hinzu. So ein Gutachten über die Festungshaft für die Niederländische Juristenvereinigung 1880 (Abhandlungen S. 182); ein Gutachten für den Kriminalanthropologen-Kongreß 1889 über die Zellenhaft vom Standpunkt der Kriminal-Biologie und Kriminal-Soziologie (Abhandlungen S. 503); ein Gutachten vom selben Jahre für die erste Tagung der J. R. V. über die Mängel der gegenwärtigen Gesetzgebung in der Bekämpfung des Rückfalls (Abhandlungen S. 511); ein Gutachten für den 3. Kriminalanthropologen-Kongreß 1893 über die Behandlung der Rückfälligen und über die zur Auswahl der geeigneten Maßregeln zuständigen Behörden (Abhandlungen S. 578); die Abhandlung über die verbrecherische Jugend im niederländischen Recht 1895 (Abhandlungen S. 796); ein Gutachten für den 4. Kriminalanthropologen-Kongreß von 1896 über den Anarchismus und seine Bekämpfung vom kriminalbiologischen Standpunkt aus (Abhandlungen S. 856); eine Abhandlung über die unbestimmte Verurteilung in der holländischen Zeitschrift für Strafrecht von 1898 (Abhandlungen S. 920); eine Abhandlung über Kriminal-Ätiologie, 1899 in *De Gids* erschienen (Abhandlungen S. 940, in deutscher Übersetzung Z. 21 345); ein Gutachten über die Grenzfälle von geistiger Krankheit und geistiger

Gesundheit für die Niederländische Juristenvereinigung von 1906 (Abhandlungen 1013). Hierher gehören auch die wertvollen Berichte über den 3. und 5. Internationalen Kriminalanthropologen-Kongreß 1893 und 1901 (Abhandlungen S. 638/ 958), sowie über die Tagungen der J. A. W. von 1892 und 1902 (S. 591, 973). Auch die warmen Erinnerungsworte, die Gabriel Tarde 1905 und Cesar Lombroso 1906 nach ihrem Tode gewidmet sind (Abhandlungen S. 1010, 1045), können in diese Gruppe gerechnet werden. Sie wird abgeschlossen und ergänzt durch die letzte der Gesammelten Abhandlungen (S. 1071): „Die ethische Bedeutung der modernen Richtung im Strafrecht“, in deutscher Sprache zuerst in Band 32 der Z. (der Festgabe zu meinem 60. Geburtstag) 1911 erschienen. Hier tritt van Hamel in kurzen aber treffenden Ausführungen der Behauptung von Beling entgegen, daß die heutige allgemein-ethische Auffassung untrennbar sei von der Vorstellung der Gerechtigkeit der Vergeltung. van Hamel erwidert, daß es sich auch im Strafrecht, aber nicht nur in ihm, um die Hüterung der Rechtsnormen handelt. Verletzung der durch diese den Rechtsgenossen auferlegten Pflichten ist das Unfittliche. Wie aber kann bei einer Verletzung der Rechtsnormen das Werturteil der Gesellschaft stärker betont werden als durch eine Repression, die auf die künftige Innehaltung der Normen gerichtet ist? „Es handelt sich ja im Rechtsleben nicht um die Erniedrigung der Verbrecher, sondern um die Erhöhung der Rechtsnormen. Die Ethik der modernen Richtung scheint mir wohl erhabener als die der Vergeltungslehre.“ Und zum Schluß die inhaltsreichen Worte: „Fühlt nun noch jemand für sein ethisches Bewußtsein das Bedürfnis der Vergeltungs-idee daneben, so beachte er dieses: Obgleich die Vergeltung nicht Ziel sein kann, so kann sie doch Folge werden. Wenn das Strafrecht nach der neuen Richtung tätig ist, so wird der Betroffene, der seine Schuld fühlt, auch diese Maßregel als Vergeltung fühlen. Und anderen, die zuschauen und dieser Vorstellung bedürfen, wird es ebenso gehen. Aber sie werden zugleich erkennen, daß diese Vergeltung einen höheren Geist atmet wie die alte.“

Aber mit diesen kriminalpolitischen Erörterungen ist der Inhalt der beiden Bände durchaus nicht erschöpft. Der Geschichte der niederländischen Gesetzgebung sind die beiden Abhandlungen von 1878 und 1888 gewidmet (Abhandlungen S. 68 und 175), von denen die zweite König Ludwigs Einfluß auf das StGB. vom 31. Januar 1809 in sorgfältiger, zum Teil auf archivariischen Studien beruhender Dar-

stellung schildert (bekanntlich mußte dieses durchaus nationale Gesetzbuch im Jahre 1811 dem französischen Code pénal weichen).

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte van Hamel die wissenschaftliche und legislative Bewegung in den übrigen Ländern. Die Studie über das japanische Strafrecht, die in der *Revue de droit international* XIV 480 erschien, ist in den Abhandlungen nicht wieder abgedruckt. Wohl aber die von 1878 (Abhandlungen S. 68) über die Strafgesegentwürfe in Italien; und die von 1894 über den Vorentwurf eines StGB. für die schweizerische Eidgenossenschaft (Abhandlungen S. 692). Mit besonderer Liebe ist die bereits erwähnte erste Abhandlung über den deutschen Juristentag geschrieben, die aus der Zeit vor dem deutsch-französischen Kriege stammt. Der Verfasser schildert die Entstehung und die Arbeiten des deutschen Juristentages nicht nur als Jurist, sondern auch als Politiker. Er spricht es offen aus, daß Einheit des Rechts ohne politische Einigung nicht erreicht werden kann; aber er betont, daß die Zukunft Deutschlands noch nicht abgeschlossen ist. „Auch die Politik geht ihren Gang. Deutschland hat sicher noch große Dinge zu erwarten.“ Mit Vorliebe kehrt van Hamel von der Betrachtung der ausländischen Entwicklung zurück zu seinem Vaterland, um aus jener für dieses die Nutzenanwendung zu ziehen; daß die Abhandlungen von 1870 den Anlaß zur Gründung der Niederländischen Juristenvereinigung gegeben hat, ist bereits oben erwähnt worden.

Nur wenige Abhandlungen betreffen das Strafverfahren; so die von 1884 über die Vereinfachung des Strafverfahrens vor dem Kantonsrichter (Abhandlungen S. 222) und die von 1896 über das summarische Verfahren (S. 742). Es fehlt aber auch nicht an solchen die in das staats- und verwaltungsrechtliche Gebiet einschlagen; so die Abhandlung über die strafgesetzgebende Gewalt des Königs von 1890 (S. 560); über ein allgemeines Polizeigesetz von 1893 (S. 613); über Polizei und Richter von 1906 (S. 1055). Sogar das Gebiet des Völkerrechts wird berührt in der Abhandlung von 1897, zu welcher der Schiedsspruch von Martens in Sachen des Dampfers *Costa-Rica* Anlaß gegeben hatte (Abhandlungen S. 834).

Aber — und das möchte ich an dieser Stelle scharf betonen — van Hamel ist nicht bloß der unermüdete Kriminalpolitiker, der nebenher auch andere näher oder ferner liegende Gebiete gelegentlich behandelt; er war und bleibt vielmehr einer unserer bedeutendsten strafrechtlichen Dogmatiker. Den Beweis dafür würden schon

die Gesammelten Abhandlungen bringen. Die Abhandlung von 1886 über den Widerstand gegen die Staatsgewalt (S. 352) gibt auf 123 Seiten eine eingehende rechtsdogmatische Darstellung dieses Themas, bei der nicht nur die niederländische, sondern auch die deutsche und die französische Rechtsprechung und Literatur sorgfältig zu Rate gezogen sind. Die Abhandlung von 1898 über die Beihilfe nach niederländischem Recht (S. 870) bespricht aus Anlaß eines praktischen Falles ausführlich die Tragweite von Art. 48 Nr. 2 des niederländischen StGB. Auch das Gutachten für die Petersburger Tagung der J. R. V. von 1902 über die Erfolgshaftung (S. 1002) geht von dogmatischen Grundlagen aus.

Dennoch würden diese vereinzeltten Arbeiten auf dogmatischem Gebiet an sich nicht ausreichen, um die oben von mir aufgestellte Behauptung zu rechtfertigen. Wohl aber wird der volle Beweis für sie durch die bereits oben erwähnte „Einleitung in das Studium des Strafrechts“ geliefert. Schon der Umfang des Buches zeigt, daß es sich nicht um eine „Einführung“ im gewöhnlichen Sinne des Wortes handelt. Das Buch bringt vielmehr ein geschlossenes System des allgemeinen Teiles des Strafrechts. Wenn wie die herkömmliche deutsche Ausdrucksweise anwenden, so hätten wir nicht sowohl von einem Lehrbuch, als vielmehr von einem Handbuch des Strafrechts zu sprechen. Freilich von einem, das unvollendet geblieben ist, weil es den Besonderen Teil nicht umfaßt; aber das ist auch bei deutschen Systemen des Strafrechts vorgekommen.

Selbstverständlich kann ich an dieser Stelle von dem großen und unvergänglichen Lebenswerk van Hamels keine auch nur annähernd erschöpfende Darstellung geben. Aber ich möchte doch den Lesern unserer Zeitschrift in allgemeinen Umrissen zeigen, wie das Werk angelegt und durchgeführt ist.

Dem System selbst sind „einleitende Bemerkungen“ vorangeschickt, die auf 148 Seiten in einem ersten Hauptstück „Strafrecht und Strafrechtswissenschaft“, in einem zweiten die „Entwicklungsgeschichte und die Quellen des niederländischen Strafrechts“ behandeln. Die grundlegenden Anschauungen hat van Hamel in den ersten Paragraphen des Buches niedergelegt. Wenn der Nachruf, der im Nieuwe Rotterdamse Courant vom 1. März 1917 erschienen ist, sagt: „v. Liszts allgemeine Auffassung des Strafrechts ist in der Hauptsache auch die seine“, so kann ich diese Kennzeichnung im großen und ganzen bestätigen. Zweifellos hat van Hamel den Italienern, vor

allem Enrico Ferri, näher gestanden als ich, und dieser Einfluß ist auch bei verschiedenen Lehren des Allgemeinen Teils bemerkbar. Aber Umgrenzung und Behandlung des Strafrechts entsprechen durchaus der deutschen Überlieferung; und gerade in den grundlegenden Ausführungen weicht van Hamel nirgends wesentlich von mir ab.

Auch ihm ist die Strafrechtswissenschaft in erster Linie eine systematisierende Wissenschaft, die nach scharf begrenzten Begriffen und nach festen Grundsätzen sucht, um die strafrechtliche Verantwortlichkeit (aansprakelijkheid) festzustellen. Sie ist zugleich eine anthropologische und soziale Wissenschaft; als Kriminologie betrachtet sie das Verbrechen als menschliche Handlung und als gesellschaftliche Erscheinung und die Strafe als eine gesellschaftliche Funktion; sie zerfällt daher in die Kriminal-Ätiologie und in die Kriminal-Politik (§§ 2, 3). Die neuere Richtung im Strafrecht hat die Kriminologie in den Brennpunkt ihres Interesses gerückt, während die ältere fast ausschließlich juristisch-dogmatisch war. Aber beide Richtungen müssen zu einer höheren Einheit verbunden werden. Das Wesen der Strafe erblickt van Hamel in der Spezialprävention, ihren Rechtsgrund in ihrer Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung (§ 5, besonders S. 53 und 57). In der Geschichte des Strafrechts bringt der Verfasser manche interessante Bemerkung über holländische Quellen und Literatur (vgl. S. 75 die Bemerkung über Damhouder); besonders wichtig ist die eingehende Schilderung des Entwicklungsganges der niederländischen Strafgesetzgebung vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (§§ 7 bis 10).

Der Allgemeine Teil zerfällt in fünf Hauptstücke. Das I. behandelt das Strafgesetz (S. 149); das II. die strafbare Handlung (S. 197); das III. die Strafe und die Strafarten (S. 520); das IV. das Strafmaß (S. 607); das V. die Prozeßvoraussetzungen und die Strafaufhebungsgründe (S. 638).

Das I. Hauptstück bringt manche feine Bemerkung, weicht aber in seinem allgemeinen Inhalt von den deutschen Systemen nur wenig ab. Beachtenswert wäre, daß der Verfasser die Unverantwortlichkeit des Königs und die Immunität der Volksvertreter erst an späterer Stelle, bei der Lehre von dem Deliktssubjekt (§ 20) behandelt.

Das II. Hauptstück zerfällt in drei Abschnitte. Der erste behandelt das Subjekt, den allgemeinen Begriff und den allgemeinen Charakter der Straftaten und die Einteilung der strafbaren Hand-

lungen; der zweite Tun und Unterlassen, Tatbestandsmerkmale und Bedingungen der Strafbarkeit, die Rechtswidrigkeit und die Schuld; der dritte Versuch, Teilnahme, Zusammentreffen. Beachtenswert sind besonders die Ausführungen über die Delikttsfähigkeit der Körperchaften, die vom Verfasser bejaht wird. Die Straftat (het strafbaarfeit) definiert van Hamel (§ 21) als das rechtswidrige, strafbare, schuldhafteste, tatbestandsmäßige menschliche Verhalten (eene wettelijk onschreven menschelijke gedraging, onrechtmatig, strafwaardig en aan schuld te wijten); ihr allgemeiner Charakter liegt in der Verletzung oder Gefährdung von Rechtsgütern (§ 22). Im zweiten Abschnitt werden die Begriffsmerkmale der Straftat genauer entwickelt. In der Auffassung des Handlungsbegriffes weicht van Hamel von mir nicht ab. Dagegen hält er die Unterscheidung von Delikten mit materieller und formeller Fassung (Erfolgsdelikte und ihr Gegenstück) fest. In der Kausalitätslehre vertritt der Verfasser die Theorie v. Burié (§ 24), sowie die Kausalität der Unterlassung (§ 25). Die Frage nach Zeit- und Ort der Handlung (§ 27) will van Hamel verschieden beantworten, je nachdem es sich um die einzelnen Fragen, um Zurechnungsfähigkeit, Verjährung usw. handelt; dabei kommt er praktisch darauf hinaus, daß die Handlung an mehreren Orten begangen sein kann (mehrfacher locus delicti). Die Rechtswidrigkeit (onrechtmatigheit) ist nach § 28 ein selbstständiges Merkmal der Straftat und mit der Normenverletzung nicht ohne weiteres gegeben. Die Behandlung der Rechtfertigungsgründe schließt sich an die herrschende Überlieferung an. Auch den Notstand, der unter die „overmacht“ des niederländischen StGB. fällt, faßt er (§ 30) als Ausschließungsgrund der Rechtswidrigkeit auf. Die allgemeinen Erörterungen über Schuld und Schuldzusammenhang (§ 33) stehen im allgemeinen auf dem in meinem Lehrbuch vertretenen Standpunkt; die neueste deutsche Literatur über die Frage ist angeführt, aber nicht kritisch verwertet. Abweichend von mir verlangt der Verfasser (S. 324) zur Schuld die Möglichkeit der Erkenntnis der Rechtswidrigkeit. In der Auffassung des Vorjages hält Verfasser den Streit zwischen Willenstheorie und Vorstellungstheorie für rein terminologisch; doch führt nach seiner Ansicht nur die letztere beim *dolus eventualis* (der nach van Hamel richtiger nicht „eventueller Vorfaß“, sondern „eventueller Vorfaß“ genannt würde) zu einem praktisch brauchbaren Ergebnis (§ 34). Interessant sind die Ausführungen über den Rechtsirrtum nach niederländischem Recht (S. 362). Bei der Behandlung der Fahrlässigkeit

nimmt der Verfasser meine Gegenüberstellung von Mangel an Voraussicht und an Vorsicht auf (voorzienigheid, voorzichtigheid; § 35). Beachtenswert dürfte sein, daß, wie der Verfasser anmerkt, die Ansicht Eyners, das Wesen der Fahrlässigkeit sei in Gefühlsgebrechen gelegen, auch von Wijnaendts Francken (holländische Zeitschrift für Strafrecht XXII 302) vertreten wird. Bei der Behandlung der Zurechnungsfähigkeit (§ 36) erinnert van Hamel mit besonderem Nachdruck an die von ihm schon in § 33 betonte Tatsache, daß es sich um einen Begriff und um eine Terminologie handle, die dem positiven Recht angehören, und daß dieses bis zur Gegenwart auf dem Boden der „klassischen“ Richtung sich entwickelt habe. Nach der neueren Richtung hätte die Unterscheidung von zurechnungsfähigen und nichtzurechnungsfähigen Personen freilich keinen Sinn; nach ihr ist jeder Täter zurechnungsfähig, und nur die kriminalpolitischen Maßnahmen, die als Rechtsfolge seiner Tat getroffen werden, sind verschieden, je nach seiner Persönlichkeit und seiner Gefährlichkeit. Unter den Gründen, durch welche die Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen wird, unterscheidet van Hamel die Eigenart gewisser Zustände (z. B. die Trunkenheit) und die Eigenart gewisser Personen (z. B. Geisteskranker); er legt diese fruchtbare Unterscheidung seiner Darstellung zugrunde.

In der Lehre von Versuch und Teilnahme kommt die wissenschaftliche Grundauffassung des Verfassers viel schärfer zur Geltung als in den bisherigen Abschnitten, die Schuldlehre mit eingeschlossen. Das gilt besonders von der Versuchstheorie (§ 37). Hier vertritt van Hamel mit aller Entschiedenheit die subjektive Richtung, die das Schwergewicht auf das subjektive Moment, in letzter Linie auf die Persönlichkeit, auf die Gefährlichkeit, des Täters legt; diese Auffassung allein entspricht der neueren Strafrechtslehre, die die Kriminalität gerade in ihrem Ursprung, in dem verbrecherischen Menschen, bekämpfen will (§. 419). Die Folgerungen werden mit aller Schärfe für die Abgrenzung von Vorbereitung und Versuch, wie auch für den sogenannten untauglichen Versuch, gezogen. In der Lehre von der Teilnahme (§ 38) äußert sich diese Auffassung nur darin, daß der Verfasser die begriffliche Unterscheidung innerhalb der Beteiligten grundsätzlich verwirft (§. 446). Dagegen hält er auf Grund des positiven niederländischen Rechts an der objektiven Abgrenzung von Mittäterschaft und Beihilfe fest (§. 481). Beachtenswert sind die Ausführungen über mittelbare Täterschaft (§. 459), sowie die Darstellung der bei Presse-

delikten geltenden besonderen Bestimmungen (§ 39). Die Behandlung des Zusammentreffens (§ 40) bietet nichts besonderes.

Aus dem III. Hauptstück seien hervorgehoben: Die sehr vorzüglichen Ausführungen über die Todesstrafe (§ 43), die Darstellung der von der neueren Richtung vorgeschlagenen Besserungs- und Sicherungsmittel (§ 49), die ausführliche und lehrreiche Behandlung der drei sogenannten Kinderwetten von 1901 (§ 57 bis). Das IV. Hauptstück ist von allgemeiner Bedeutung wegen der Freiheit, die das geltende niederländische Recht dem Richter bei der Strafzumessung eingeräumt hat (Abkaffung der besonderen Mindestmaße); der Verfasser, der diesen Standpunkt billigt, unterläßt es nicht, auf die bedeutsamen Bestimmungen des deutschen StG. über das richterliche Ermessen besonders aufmerksam zu machen (S. 609). Ausführlich ist der Rückfall behandelt (§ 56).

Im letzten Hauptstück werden zunächst die Prozeßvoraussetzungen oder Klagevoraussetzungen recht kurz, die Antragsdelikte ausführlicher behandelt (§§ 58, 59). Als Strafaufhebungsgründe bespricht der Verfasser die rechtskräftige Erledigung (§ 60, in ausführlicher Darstellung), die Erledigung außerhalb des Strafverfahrens durch Vergleich usw. (§ 61), die Verjährung (§ 62), die Begnadigung (§ 63) und den Tod (§ 64). Der Schlußparagraph (§ 65) gibt eine kurze Einführung in den Besonderen Teil des Strafrechts.

Im großen und ganzen beurteilt erscheint das Werk zunächst als ein wertvolles Lehrbuch des Strafrechts in seinen allgemeinen Lehren, das den Vergleich mit den übrigen Lehrbüchern, auch den deutschen, ohne weiteres bestehen kann und manches von ihnen durch die Klarheit und Einfachheit der Darstellung übertrifft. Aber es bietet mehr als das. van Hamel kennt nicht nur das Recht seines Vaterlandes und nicht nur die reiche niederländische Literatur; er ist auch im englischen und im deutschen, im französischen und im italienischen Recht zu Hause. Und diese umfassende Kenntnis von Gesetzen und Entwürfen, von Literatur und Rechtsprechung hat er in den Anmerkungen, die jedem Paragraphen angefügt sind, sorgfältig und übersichtlich verwertet. Ich habe es erst in diesen Tagen, als ich das seit langen Jahren mir vertraute Buch durchlas, wieder gesehen, wieviel ein jeder von uns Fachgenossen aus dieser „Einleitung in das Studium des niederländischen Strafrechts“ noch lernen kann. Dieser reiche Stoff ist von einer bedeutenden Persönlichkeit gemeistert, die leitenden Gedanken treten scharf hervor und verbinden sich zu einem in sich geschlossenen System.

So ist dem Verfasser scheinbar spielend gelungen, was andere, trotz aller Mühe, nicht erreichten: Er hat ein vortreffliches Lehrbuch für die Studierenden geschrieben, das auch dem Lehrer des Strafrechts ein reiche Anregung und Belehrung bietendes Handbuch ist.

Von den drei Gründern der Vereinigung ist der an Jahren älteste dahingegangen. Er ist zu einer Zeit von uns geschieden, als das internationale Band, das die Kriminalisten aller Länder verbunden hatte, längst durch den Krieg zerrissen, der Geschäftsführende Ausschuß, der seit 25 Jahren an der Spitze der Vereinigung gestanden hatte, längst aufgelöst war. Ob die J. R. V. nach dem Kriege wiedererstehen wird? Ich erhoffe es zuversichtlich. Der Haß der Völker gegeneinander, der gemeinsame wissenschaftliche Arbeit unmöglich macht, kann nicht ewig weiterbestehen, wenn er auch mit der Ratifizierung der Friedensverträge gewiß nicht ausgelöscht sein wird. Der Geschäftsführende Ausschuß freilich wird, wenn die Vereinigung ihre Arbeiten wiederaufnimmt, aus neuen Männern bestehen müssen. Die äußere Leitung der Arbeiten wird wohl, auf Jahre hinaus, an Angehörige der neutralen Staaten übergehen. Ein solcher Wechsel hätte der Vereinigung gefährlich werden können, als sie noch in den Anfängen ihrer Entwicklung stand; seither hat sie in 25jähriger Arbeit sich feste Grundlagen geschaffen, die auch einen Neubau zu tragen geeignet sind. Keiner von uns ist unersetzlich. In dieser Erkenntnis liegt die Gewähr für den Fortschritt der menschlichen Entwicklung. Und so mögen auch diese Zeilen, die dem Andenken an den geschiedenen Freund gewidmet sind, ausklingen mit dem Ausdruck meiner zuversichtlichen Hoffnung in die Zukunft.

31.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung der Rechtspflege.

Von R. v. Lilienthal, Heidelberg.

Der am 10. März 1917 dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Vereinfachung der Rechtspflege enthält für das Strafverfahren eine Reihe einschneidender Veränderungen. Sie lediglich daraufhin prüfen zu wollen, inwiefern dadurch eine Kräfte- und Arbeitersparnis eintritt, wäre ungerechtfertigt. Denn wichtiger als

das ist auch für die Kriegszeit die Rücksicht auf die Güte der Rechtspflege. Hinzu kommt, daß eine Reife, vielleicht sogar die Mehrzahl, dieser Änderungen auch auf die Friedenszeit berechnet sind.¹⁾ Nach dem Schlußartikel des U. (XVI) soll das Gesetz erst zwei Jahre nach der Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes — ein Zeitpunkt, der durch kaiserliche Verordnung bestimmt wird — außer Kraft treten. Diese zwei Jahre würden eine Bewährungsfrist für die Änderungen darstellen, die dann alle Aussicht haben, dauerndes Recht zu werden, wenn sie sich nicht als ein vollständiger Mißerfolg herausgestellt haben — eine Frage freilich, über deren Beantwortung kaum Einstimmigkeit zu erzielen sein wird.

Die vorgeschlagenen Veränderungen nun bestehen im wesentlichen:

1. in der Erweiterung der Zuständigkeit a) des Amtsrichters, b) der Schöffengerichte, c) der Strafkammern;
2. in der Herabsetzung der Zahl der mitwirkenden Richter für die Schwurgerichte und die Berufungsinstanz;
3. in einer teilweisen Aufhebung des Verfolgungszwanges für die Staatsanwaltschaften.

I.

Natürlich bedeutet die Erweiterung der Zuständigkeit der mit weniger Personen besetzten Gerichte eine Kräfteersparnis, für die Strafkammern zugleich eine Entlastung der Schwurgerichte, die von grundsätzlicher Bedeutung ist.

a) Die Zuständigkeit des Amtsrichters als erkennenden Richters ist heute eine recht beschränkte. Abgesehen von der in § 3 Abs. 3 GG. StP.O. zugelassenen Entscheidung in Forst- und Feldbrügesachen nur § 211 Abs. 2 StP.O. für Übertretungen gegenüber einem vorgeführten geständigen Beschuldigten mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft.

¹⁾ Eine Ausnahme bildet nur die Vorschrift des Art. IX der die Aussetzung der Verhandlung über Privatklagen vorschreibt, sofern sie nicht zu „Kriegssachen“ erklärt sind, was nach Eröffnung des Hauptverfahrens auf Antrag des Klägers oder des Beklagten durch das Gericht geschieht „wenn der Antragsteller ein bringendes Interesse an der Verhandlung der Privatklage während des Krieges glaubhaft macht.“

Bei dem häufig im umgekehrten Verhältnisse zu dem öffentlichen Interesse, namentlich bei einfachen Beleidigungen, stehenden Zeitaufwand der Verhandlung, ist diese Vorschrift gewiß mit Freuden zu begrüßen.

Das soll nun unter Aufhebung des § 211 Abs. 2 StPD. dahin erweitert werden (§ 23a GVG.), daß in Strafsachen die Amtsgerichte erkennende Gerichte zuständig sind für:

1. Übertretungen. — 2. die Vergehen, die nur mit Geldstrafe von höchstens 300 Mk. allein oder neben Haft oder in Verbindung miteinander oder mit Einziehung bedroht sind²⁾ — 3. die nach § 146a Abs. 1 der GewD. strafbaren Vergehen³⁾ — 4. für das Vergehen der Begünstigung und der Fälschung im Falle des § 259 StGB., wenn die Handlung, auf die sich die Begünstigung oder die Fälschung bezieht, zur Zuständigkeit des Amtsgerichts gehört.

Abgesehen von der übrigens gewiß unbedenklichen, wenn auch praktisch wohl nicht sehr erheblichen Hinzufügung von Ziff. 4 entspricht das den auch von der Reichstagskommission gebilligten Bestimmungen des letzten Entwurfs eines Gesetzes betreffend Änderungen des GVG. und der StPD. Die damals dafür angeführten Gründe, daß bei diesen leichten Straffällen regelmäßig höchstens die rechtliche Beurteilung Schwierigkeiten mache, diese aber dem Amtsrichter ruhig überlassen werden könne, sind auch heute wohl als durchschlagend anzusehen.

Eine fernere Erweiterung der Zuständigkeit des Amtsrichters (Art. V Ziff. 12 und 13) soll dadurch herbeigeführt werden, daß ihm die gerichtliche Entscheidung über den Einspruch gegen eine polizeiliche Strafverfügung zufällt. Da es sich dabei um Sachen handelt, für die er obendrein zuständig sein soll, so ist diese Vorschrift eigentlich selbstverständlich. Für die Strafbescheide der Verwaltungsbehörden gilt diese Bestimmung nicht, doch steht nach Art. V Ziff. 14 die Entscheidung über eine etwa notwendige Umwandlung der Geldstrafe (§ 463 Abs. 2 StPD.) dem Amtsrichter zu, wenn er oder das Schöffengericht für die Urteilsfällung zuständig gewesen wäre.

Erweitert ist ebenfalls die Zuständigkeit des Amtsrichters zum Erlass eines Strafbeschl. Für die eigentlichen Kriegsverbrechen ist das schon durch die Verordnung zur Entlastung der Strafgerichte vom 7. Oktober 1915 geschehen.⁴⁾ Unter Aufhebung dieser Verordnung

²⁾ Anlage I des Entw. enthält eine Zusammenstellung der in Betracht kommenden Strafbestimmungen.

³⁾ Zuwiderhandlungen Gewerbetreibender gegen die Vorschriften über die Sonntagsruhe und den Ladenschluß.

⁴⁾ § 1 lautet: „Bei Vergehen gegen Vorschriften die auf Grund des § 3 des Ges. über die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maß-

(Art. XIV) soll der Erlaß eines Strafbefehls bei Übertretungen und Vergehen zulässig sein, wenn die Staatsanwaltschaft das schriftlich beantragt⁵⁾ (Art. V Ziff. 11). Die festzusetzende Strafe ist Geldstrafe⁶⁾ (ohne Begrenzung der Höhe) und (wie bisher) Freiheitsstrafe von höchstens 6 Wochen sowie eine etwa verwirkte Einziehung. Schon der letzte E. einer StPD. hatte die Zulässigkeit des Strafbefehls auf eine ganze Reihe leichterer Vergehen ausgedehnt und Geldstrafe unbeschränkt zugelassen. Die Reichstagskommission war dem beigetreten. Die Einbeziehung aller Vergehen hat aber auch nichts Bedenkliches, da, wie die Begründung zutreffend hervorhebt, die Begrenzung der zulässigen Freiheitsstrafe die Anwendung des Verfahrens auf leichte Fälle beschränkt. Außerdem bleibt ja das Recht der Anrufung richterlicher Entscheidung bestehen.

Ich glaube, daß es sich bei diesen Vorschlägen um Änderungen des Verfahrens handelt, die dauernd beibehalten werden sollten. Ja die Verwendung des Einzelrichters im Strafprozeß könnte noch erheblich weiter gehen. Zunächst gibt es eine Menge von „Verbrechen“, die trotz des erschreckenden Namens recht harmlos sind, z. B. die zahllosen Fälle qualifizierter Urkundenfälschung, in denen es sich um Kleinigkeiten handelt. Auch sie könnten ganz gut durch Strafbefehle erledigt werden. Ja alle Verbrechen, mit Ausnahme vielleicht der allerstürmtesten, könnten sehr gut von einem Einzelrichter abgeurteilt werden, wenn der Angeklagte ein glaubwürdiges Geständnis abgelegt hat. Sehr viele schwere Diebstähle werden von den Strafkammern ohne Verweisaufnahme entschieden. Daß dabei fünf Richter mitwirken, ist wirklich Straßvergeudung. Der Tatbestand steht fest, seine rechtliche

nahmen nrm. vom 4. August 1914 (RGBl. S. 327) ergangen sind oder noch ergangen und keine schwereren Strafen als Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen androhen, kann die Strafe durch Strafbefehl des Amtsrichters fortgesetzt werden. — Das gleiche gilt bei Vergehen, die nach § 9 Buchstabe b des preussischen Ges. über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (PrGes. S. 451) oder Art. 4 Nr. 2 des bayerischen Ges. über den Kriegszustand vom 5. November 1912 (Bayer. GesVerordnBl. S. 1161) strafbar sind.“

⁵⁾ Bei Vergehen für welche der Staatsanwalt die Zuständigkeit der Schöffengerichte begründen kann (§ 29 GVG.) kann nur der Staatsanwalt den Antrag stellen; mit der Stellung des Antrags gelten die Sachen als zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörig.“

⁶⁾ Bei deren Umwandlung würde nach der Begründung (S. 18) das Verdict an das Höchstmaß von 6 Wochen Freiheitsstrafe nicht gebunden sein.

Würdigung ist zweifellos. Nur die Strafhöhe wird wirklich beraten. Hier könnte der Angeklagte möglicherweise unter der Willkür eines Einzelrichters zu leiden haben. Dem aber ließe sich abhelfen. Wenn der Staatsanwalt in der Anklageschrift eine bestimmte Strafe zu beantragen hätte, über die der Einzelrichter nicht hinaus gehen könnte, und der Angeklagte gegen eine Verhandlung vor dem Einzelrichter keinen Einspruch erhebt, so würde dem Verfahren ernstlich nichts entgegenstehen, es sei denn die Befürchtung, daß der Angeklagte sich eines leichten Verbrechens für schuldig erklärt hat, um der Bestrafung wegen eines schwereren zu entgehen. Solche Fälle sind praktisch gewiß nicht häufig, sie würden ganz wegfallen, wenn der Grundsatz ne bis in idem ausdrücklich im Gesetze anerkannt, aber auf die Fälle beschränkt würde, in denen eine mündliche Verhandlung vor einem Kollegialgericht stattgefunden hat. Selbstverständlich müßte es dem Einzelrichter freistehen, in Fällen, in denen ihm die Sache zweifelhaft, etwa die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten nicht hinreichend feststehend, erachtet die Verhandlung und Entscheidung an das sonst zuständige Kollegialgericht zu verweisen. Vielleicht würde ein Gelegenheitsgesetz, wie das vorliegende, durch eine solche einschneidende Meinung zu sehr belastet. Aber bei einer Reform des ganzen Verfahrens sollte man diese Frage ernstlich erwägen. Es würde auf diese Weise bei den meisten Gerichten die Zeit gewonnen werden, die erforderlich ist, um die wirklich zweifelhaften Fälle mit der notwendigen Gründlichkeit zu untersuchen.

b) Die unmittelbare Zuständigkeit der Schöffengerichte ist nur unwesentlich erweitert. Der § 74 GVG. soll allerdings aufgehoben werden. Damit ist die ausschließliche Zuständigkeit der Strafkammer für die dort erwähnten Delikte beseitigt und demgemäß eine Entscheidung durch die Schöffengerichte möglich, wenn die Staatsanwaltschaft sie für angemessen hält. Dagegen fallen unter ihre unmittelbare Zuständigkeit nur die Strafbestimmungen des § 6 Abs. 2 des Ges. betr. die Inhaberpapiere mit Prämien und der §§ 67 und 69 des Ges. betr. die Beurkundung des Personenstandes. Die Übertretungen gehören nicht mehr zur schöffengerichtlichen Zuständigkeit, da über sie der Amtsrichter allein entscheiden soll. § 27 GVG. soll deshalb dahin abgeändert werden, daß Ziff. 1 wegfällt und Ziff. 2 folgende Fassung erhält: „Die Schöffengerichte sind zuständig für die Vergehen, die nur mit Gefängnis von höchstens 3 Monaten oder Geldstrafe von höchstens 600 Mk., allein oder neben Haft oder in Verbindung mit-

einander oder mit Einziehung bedroht sind, mit Ausnahme der im § 320 StGB. und im § 59 Abj. 1 und 1 des Bankgesetzes vom 14. Mai 1915 sowie der im § 23a dieses Gesetzes bezeichneten Vergehen.⁷⁾"

Auch gegen die dauernde Einführung dieser Zuständigkeits-erweiterung dürften Bedenken kaum geltend zu machen sein.

Weit wichtiger ist die Änderung des § 29 GVG. Es soll in Zukunft lauten: „Der Staatsanwalt kann für Verbrechen und Vergehen, die zur Zuständigkeit der Strafkammern gehören, die Zuständigkeit des Schöffengerichtes dadurch begründen, daß er bei Einreichung der Anklageschrift die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schöffengericht beantragt. — Die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Schöffengericht soll nur dann beantragt werden, wenn keine schwerere Strafe als Gefängnis oder Festungshaft von einem Jahre oder Geldstrafe von 3000 Mk., allein oder neben Haft oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen, und keine höhere Buße als 3000 Mk. zu erwarten ist. — Erhebt bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle die Verwaltungsbehörde die öffentliche Klage, so kann sie die Zuständigkeit der Schöffengerichte in gleicher Weise begründen wie der Staatsanwalt.“⁸⁾

Vorbereitet ist diese Änderung schon durch § 3 der Bekanntmachung zur Entlastung der Strafgerichte vom 7. Oktober 1915. Nur ist das Höchstmaß der zu erwartenden Strafe in der neuen Fassung des § 29 GVG. verdoppelt worden. Die dort weiter enthaltene Vorschrift über die Einreichung der Anklageschrift ist in einem neuen § 197a StPB. gebracht worden: „Soll die Zuständigkeit des Schöffengerichtes gemäß § 29 GVG. begründet werden, so ist der Antrag bei dem Amtsgerichte, wenn Voruntersuchung geführt ist, bei dem Landgericht einzureichen.“

Nach Mitteilung in der Begründung des G. haben sich die Vorschriften der erwähnten Bekanntmachung gut bewährt. Jedenfalls ist dagegen nichts einzuwenden, daß der Staatsanwalt von sich aus die Zuständigkeit begründen kann und daß es eines Überweisungsbeschlusses nicht mehr bedürfen soll. Denn auch bisher wurde dem Antrage des Staatsanwalts fast ausnahmslos nachgegeben und das Be-

⁷⁾ Für die der Amtsrichter zuständig sein soll.

⁸⁾ § 75 GVG. soll aufgehoben werden.

Verfahren ist eine reine Formalität, deren Wegfall man nicht zu bedauern braucht. Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Schöffengerichts auch auf Verbrechen ist gleichfalls unbedenklich. Es kann sich dabei nur um Fälle handeln, in denen die Annahme mildernder Umstände sicher erscheint. Praktisch werden wohl hauptsächlich die leichteren Fälle des erschweren Diebstahls, Diebstahls und Betrugs im wiederholten Rückfall, der Urkundenfälschung u. ähnl. in Betracht kommen. Bedenklich dagegen ist, daß jede sachliche Beschränkung fehlt. Tatsächlich ist es auf diese Weise ganz in die Hände der Staatsanwaltschaft gelegt, die Laienrechtspflege fast auf das ganze Gebiet der Strafkammerzuständigkeit auszudehnen. Denn wenn, wie sich aus der Reichskriminalstatistik ergibt, mehr als 90% der ausgesprochenen Gefängnisstrafen die Dauer von einem Jahre nicht übersteigen, so würde man den Staatsanwalt nicht tadeln können, der in weitaus den meisten Fällen, wenigstens bei Vergehen zunächst die Schöffengerichte anriefe. Inwieweit das geschehen würde, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Das wird von dem Temperamente des einzelnen Staatsanwaltes, von seinem größeren oder geringeren Zutrauen zu den einzelnen Gerichten seines Bezirkes abhängen. Ja es wäre in größeren Städten sehr wohl denkbar, daß die Erwägung, welcher Richter den Vorsitz in der Verhandlung führen wird, für den Antrag jeweils von ausschlaggebender Bedeutung wäre. Hinzu kommt, daß ein Staatsanwalt, auch wenn er an sich kein begeisterter Verehrer der Schöffengerichte ist, doch eine Sache zunächst vor sie bringt. Denn wenn er mit der Entscheidung unzufrieden ist, bleibt ihm ja die Berufung. Man braucht keineswegs von grundsätzlichen Mißtrauen gegen die Staatsanwaltschaft erfüllt zu sein, um eine Änderung des bestehenden Rechtes bedenklich zu finden, die un sachlichen Erwägungen einen so weiten Spielraum eröffnet. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Stellung des Angeklagten vor dem Schöffengerichte durchaus nicht eine besonders günstige ist. Abgesehen von der unvollständigen Fassung der Anklageschrift, die eine Vorbereitung auf die Verteidigung zum mindesten nicht erleichtert, ist diese selbst durch § 244 Abs. 2 St.P.O. wesentlich erschwert. Daß das durch die Zulässigkeit der Berufung tatsächlich nicht ausgeglichen wird und auch nicht ausgeglichen werden kann, solange nicht eine wesentliche Änderung des Berufsverfahrens überhaupt eingetreten ist, läßt sich kaum bestreiten. Die Übelstände werden umso fühlbarer, je größer die schöffengerichtliche Zuständigkeit wird. Die Möglichkeit der beinahe ufer-

losen Erweiterung, die sich aus dem neuen § 29 ergeben würde⁹⁾, ist deshalb durchaus nicht ungefährlich. Zwei Arten der Wirkung sind denkbar. Entweder macht der Staatsanwalt von seinen neuen Befugnissen ausgedehnten Gebrauch, dann kann er eine Menge von Sachen vor die Schöffen bringen, die schwer erfüllbare Ansprüche an sie stellen. Oder es bleibt im wesentlichen beim alten und es werden nur unbedeutende Erweiterungen herbeigeführt, dann wäre es ausreichend, wenn der § 75 GVG. nicht aufgehoben, sondern sachgemäß umgestaltet würde, durch Hinzufügung einiger neuer Überweisungsfälle, auch aus dem Gebiete der Verbrechen, und Beseitigung der Notwendigkeit eines Überweisungsbeschlusses. Damit würde auch den Kriegsbedürfnissen völlig Genüge geschehen sein. Das gilt um so mehr, als die stärkere Inanspruchnahme der Schöffengerichte sehr leicht die durch Erweiterung der amtsrichterlichen Zuständigkeit geschaffene Entlastung erheblich übersteigen könnte. Das erwartet auch der E. und w II deshalb in § 35 GVG. die Ziff. 2 streichen.¹⁰⁾ Das ist nun jedenfalls nur als eine vorübergehende Bestimmung gedacht und deshalb wohl unbedenklich. Vielleicht würde man sogar daran denken können, das schöffenspflichtige Alter vorübergehend bis auf 70 Jahre zu erhöhen und auch Ziff. 6 wegfällen zu lassen, die überflüssig erscheint, nachdem durch § 55a GVG. den Schöffen Reisekosten und Tagegelber gesichert sind.

c) Die Ausdehnung der Zuständigkeit der Strafkammern kann natürlich nur auf Kosten der Schwurgerichte erfolgen. Sie soll ausgedehnt werden auf alle Fälle des § 176 StGB., ferner auf die Verbrechen des Meineides in den Fällen der §§ 153, 154, 155 StGB.,

⁹⁾ Außer den bisherigen Überweisungsfällen und ohne Rücksicht auf die geplante Erweiterung der Zuständigkeit der Strafkammern kämen aus dem StGB. beispielsweise in Betracht die §§ 95, 97, 99, 101, 103, 103 a, 104, 107—110, 112, 115 Abs. 1, 117 Abs. 2, 121 Abs. 1, 122 Abs. 1 u. 2, 124, 125 Abs. 1, 126—133, 135, 139, 141, 143, 144, 150, 151, 159, 160, 162—164, 166—169, 171, 173—175, 176 Ziff. 3, 181, 181 a, 182, 201—203, 205, 207, 210, 218, 221, 222, 224, 227, 239 Abs. 1, 243, 244, 253, 258 Ziff. 2, 261, 264, 266, 268 Ziff. 1, 271, 273, 274, 275, 277—279, 284, 294, 296 a, 297, 301—302 e, 305, 314, 317, 320, 321, 326, 329, 330—332, 339, 340 Abs. 1, 341, 342, 345 Abs. 2, 346, 347, 348, 350, 352, 353—356.

¹⁰⁾ Die Berufung zum Amt eines Schöffen dürfen ablehnen Personen, welche im letzten Geschäftsjahre die Verpflichtung eines Geschworenen oder an wenigstens fünf Sitzungstagen die Verpflichtung eines Schöffen erfüllt haben.

der Urkundenfälschung in den Fällen des § 268 Nr. 2 und der §§ 272, 273 StGB., die Verbrechen im Amte in den Fällen der §§ 349, 351 StGB., der Konkursverbrechen §§ 239, 242 RD. und der nach §§ 11 und 12 Abs. 2 Nr. 2 des sog. Depotgesetzes vom 5. Juli 1896 strafbaren Verbrechen (Art. I Ziff. 5).

Daß damit die Schwurgerichte in geeigneter Weise entlastet werden, scheint mir zweifellos, ebenso freilich, daß es sich dabei um einen Fortschritt auf dem Wege handelt, den schon die neuen Entwürfe zu einer Reform des Strafprozesses beschritten haben, nämlich die Schwurgerichte durch stets weitergehende Einschränkung der Zuständigkeit immer mehr unschädlich zu machen. Die Beurteilung dieses Verfahrens hängt natürlich wesentlich von der Wertschätzung ab, die man diesen Gerichten im allgemeinen zuteil werden läßt. Daß der vorliegende E. dabei maßvoll vorgeht, ist kaum zu bestreiten. Nicht recht verständlich ist, warum nicht auch § 177 StGB. der Strafkammer überwiesen werden soll. Er hängt im Grunde so eng mit § 176 Ziff. 1 zusammen, daß eine Trennung der Zuständigkeit der erkennenden Gerichte aus sachlichen Gründen kaum gerechtfertigt erscheint. Daß die Meineidsverbrechen den Schwurgerichten entzogen werden sollen, ist gewiß durch die erschreckend hohe Zahl der Freisprechungen genügend gerechtfertigt. Es würde damit auch der sachlich wenig befriedigende Zustand beseitigt, daß jetzt häufig die Anklage auf fahrlässigen Falsch eid lautet, lediglich um den Fall vor die Strafkammer zu bringen. Daß bei den Urkundenfälschungsdelikten, namentlich bei der weiten Ausdehnung des Begriffes der öffentlichen Urkunde durch das Reichsgericht, der schwerfällige Apparat des Gerichtes in auffälligem Mißverhältnis zur Bedeutung der Fälle steht, wird niemand bestreiten wollen. Das gleiche gilt von den den Strafkammern zu überweisenden Amtsverbrechen. Daß aber Konkursordnung und Depotgesetz häufig so große tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten bieten, daß die Verhandlungen die Kräfte der Geschworenen übersteigen oder wenigstens ganz unbillig belasten, hat gerade die Erfahrung der letzten Jahre oft genug gelehrt.

II.

Eine weitere Veränderung wird den Schwurgerichten gegenüber geplant. Es soll die Zahl der Urteils geschworenen auf sieben herabgesetzt werden und dementsprechend die Spruchliste nur noch 16 Namen erhalten (Art. I Nr. 9 und 10). Die weiteren darauf folgenden Ver-

änderungen, die Zahl der Ablehnungen, die Ergänzung der Spruchliste¹¹⁾ und das Stimmverhältnis bei Abgabe des Wahrspruchs werden durch Art. V Nr. 7—10 in übrigens selbstverständlicher Weise geregelt.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Zwölfzahl der Geschworenen kein unantastbares Heiligtum darstellt und daß eine Verringerung der Zahl weder die Interessen der Rechtspflege im allgemeinen, noch die des Angeklagten im besonderen wesentlich beeinflusst, während sie in der Tat eine erhebliche Personenersparnis darstellt. Vielleicht würde gerade in der Beziehung eine probeweise Einführung recht belehrend sein können. Dennoch wird wohl gerade diese Änderung auf starken Widerspruch stoßen, namentlich bei denen, die fürchten, daß ein Rütteln an dem Bau des Schwurgerichts leicht zu dessen völligem Einsturz führen könnte.

Eine weitere Personenersparnis soll durch Beschränkung der Berufungsrichter in der Strafkammer auf 3 statt auf 5 Personen herbeigeführt werden. Das ist vielleicht die bedenklichste Bestimmung des ganzen Entwurfs. Zunächst wird ihre Wirkung sehr gering sein. Das gibt die Begründung eigenlich zu.¹²⁾ Im umgekehrten Verhältnisse dazu steht ihre Schädlichkeit für den Rechtsschutz des Angeklagten. Daß die Fünfzahl der Richter bei der Tatsachenentscheidung als eine Rechtsgarantie empfunden wird, erkennt die Begründung ausdrücklich an und rechtfertigt damit, daß der G. die Verminderung der Besetzung der Strafkammer nicht vorschlägt. So richtig das ist, so verwunderlich ist es auch, daß nun daraus nicht die Folgerung gezogen wird, daß einmal in jedem Verfahren dem Angeklagten die Möglichkeit geboten werden muß, diese Rechtsgarantie wirklich zu genießen. Daß das heute bei Übertretungen und Privatklagesachen nicht geschieht, kann ertragen werden, weil es sich dabei regelmäßig um Kleinigkeiten handelt. Bei der beabsichtigten Ausdehnung der Tätigkeit der Schöffengerichte in erster Instanz kann man das nicht mehr behaupten. Im

¹¹⁾ Sie ist erforderlich, wenn nicht mindestens 12 (statt heute 24) Geschworene zur Auslosung übrig geblieben sind.

¹²⁾ „Durch die verminderte Besetzung der Strafkammer in der Berufungsinstanz wird erreicht, daß die in Wegfall kommenden Richter während der Zeit, die der Sitzungsdienst in Anspruch nehmen würde, anderweitig beschäftigt werden können. Wenn diese Entlastung auch nicht häufig unmittelbar die Ersparrung voller Richterkräfte zur Folge haben wird, so wird sie doch eine gewisse Erleichterung des Geschäftsganges bringen, die im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen des Entwurfs zu dem erzielten Endziele führen wird“ (S. 13).

Gegenteil, es liegt völlig in den Händen der Staatsanwaltschaft, der Mehrzahl der Angeklagten diese Rechtswohltat zu entziehen. Zudem würde gerade diese Änderung wahrscheinlich gute Aussicht haben, sich dauernd zu behaupten. Die Begründung sagt (§. 13) daß sich aus der Besetzung des Gerichtes mit drei Richtern im Berufungsverfahren Nachteile nicht ergeben haben. Das ist eine schwer erweisliche aber auch schwer zu widerlegende Behauptung. Die Nachteile empfinden die Angeklagten, aber sie haben kaum Gelegenheit, dieser Empfindung Ausdruck zu geben. Es läßt sich ja niemals mit Sicherheit feststellen, daß das Urteil anders ausgefallen wäre, wenn statt drei Richtern fünf gesessen hätten. Und so würde wohl auch nach dem Ablauf der Probezeit gesagt werden können: die Besetzung mit drei Richtern hat sich ganz gut bewährt. Statistisch wäre das Gegenteil ja niemals zu beweisen. Wer aber aus eigener Erfahrung weiß, wie häufig in der Strafkammer Freisprechungen mit zwei gegen drei Stimmen erfolgen, wird die Sache anders beurteilen. Aber auch er kann nicht nachweisen, daß es in einem einzelnen Falle anders gekommen wäre. Eine große Anzahl unbestreitbarer Fehlurtheile würde erforderlich sein, um die Neuerung als verfehlt erkennen zu lassen. Wie aber sollten sie einwandfrei festgestellt werden? Das gegenwärtige Wiederaufnahmeverfahren reicht dazu gewiß nicht aus. Dagegen bedarf es auf der anderen Seite keines besonderen Beweises dafür, daß die Richtigkeit eines Schuldspruches eine sehr starke Vermutung für sich hat, wenn er mit vier von fünf Stimmen ergangen ist. Es widerspricht den Interessen der Rechtspflege geradezu, auf diese Sicherung zu verzichten. Es wäre darum im höchsten Grade bedauerlich, wenn man sie preisgeben wollte.

Die gleiche Beschränkung soll bei dem OLG stattfinden, indem deren Senate in der Besetzung mit 3 Richtern einschließlich des Vorsitzenden entscheiden sollen. Da sie für den Strafprozeß nur als Revisionsgericht in Betracht kommen, wäre diese Einschränkung weniger erheblich, immerhin aber durchaus nicht wünschenswert.

III.

Eine weitere Neuerung des G. ist die Milderung des Anklagezwanges. Es soll in die StPD. im § 152a eingefügt werden: „Die Staatsanwaltschaft kann: 1. bei Übertretungen, 2. bei Vergehen, die nur auf Gefängnis von höchstens drei Monaten oder Geldstrafe von höchstens 600 Mk., allein oder neben Haft oder in Verbindung

miteinander oder mit Einziehung bedroht sind,¹³⁾ 3. bei den Vergehen des Diebstahls, der Unterschlagung und des Betruges in den Fällen der §§ 242, 246, 263 StGB., soweit es sich um einen Gegenstand im Werte von höchstens 25 Mk. handelt, 4. bei dem Vergehen der Begünstigung und bei dem Vergehen der Fehlerei in den Fällen des § 258 Nr. 1 und des § 259 StGB., wenn sich die Begünstigung oder die Fehlerei auf eine der in Nr. 1, 2 oder 3 bezeichneten strafbaren Handlungen bezieht, von Erhebung der Klage absehen, wenn eine Verurteilung nicht geboten erscheint, weil das Verschulden des Täters und die Folgen der Tat geringfügig sind. Sieht sie von Erhebung der Klage ab, so hat sie den zu benachrichtigen, der die Tat angezeigt hatte. — Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellen. Wer die Verfolgung von dem Verletzten beantragt, so ist dieser vor der Einstellung des Verfahrens zu hören. Der Einstellungsbeschluß ist unanfechtbar" (Art. V Nr. 2). Daraus folgt, wie die Begründung (S. 16) zutreffend hervorhebt, „für die Strafverfügungen der Polizei ehörden und die Strafbarkeit der Verwaltungsbehörden ohne weiteres, daß diese Behörden befugt sind, vom Erlaß von Strafverfügungen oder Strafbefehlen abzusehen, wenn die Voraussetzungen des § 152a gegeben sind; denn die Verpflichtung zum Erlaß solcher Verfügungen oder Befehle kann nicht weitergehen als die Pflicht der Staatsanwaltschaft, öffentliche Klage zu erheben.“

Kriminalpolitisch ist eine solche Befugnis in Kleinigkeiten von Verurteilung abzusehen durchaus empfehlenswert. Fraglich ist nur, ob die Staatsanwaltschaft die geeignete Trägerin dieser Befugnis ist. Es sind die Vorteile und Nachteile des Anklagezwanges so oft besprochen worden, daß auf diese Frage ausführlicher einzugehen nicht mehr erforderlich scheint. Daß sehr viele Staatsanwälte die Verantwortung für die Entscheidung lieber dem Gerichte überlassen wollen, ist bekannt, ebenso wird es kaum einem Zweifel unterliegen, daß dieses Gnadenrecht — denn darum handelt es sich doch tatsächlich — mindestens ebenso gut von dem Gerichte ausgeübt werden kann. Am größten aber wird die Gewähr für eine sachgemäße Ausübung dann sein, wenn Gericht und Staatsanwaltschaft in dieser Beziehung übereinstimmen. Das erkennt für die Einstellung nach Erhebung der

¹³⁾ Die in Betracht kommenden Vergehen sind in der Anlage II des G. zusammengestellt.

Klage der E. ja auch an. Es wäre nun sehr leicht möglich, das grundsätzlich durchzuführen, wenn die Staatsanwaltschaft nur festzustellen hätte, daß der Beschuldigte zwar hinreichend verdächtig erscheint, die fraglichen Handlungen begangen zu haben, damit aber den Antrag an das zur Eröffnung des Hauptverfahrens zuständige Gericht verbinden könnte, das Verfahren einzustellen. Eine wesentliche Vermehrung der Arbeitslast würde dadurch nicht verursacht. Ehe festgestellt werden kann, daß das Verschulden des Täters und die Folgen der Tat geringfügig sind, muß ein Ermittlungsverfahren durchgeführt sein. Dessen Ergebnisse kurz zusammenzufassen, wie es in einer Anklageschrift geschieht, wird bei den einfachen Sachen, um die es sich hier nur handeln kann, keine erhebliche Mühe verursachen. Und ebensowenig wird das die Prüfung durch das Eröffnungsgericht tun. Jedenfalls wäre der Aufwand von Zeit und Mühe verschwindend gegenüber der größeren Gewähr für die sachliche Richtigkeit der Entscheidung. Hinzu kommt, daß der Einstellung seitens der Staatsanwaltschaft gegenüber der Erstatte der Anzeige das Recht hat, die Entscheidung der höheren staatsanwaltlichen Behörde anzurufen, während es keinem Bedenken unterläge, den Gerichtsbeschuß für unanfechtbar zu erklären. Freilich würden bei einer solchen Regelung die Polizei- und Verwaltungsbehörden die Befugnis, Gnade für Recht ergehen zu lassen, nicht haben. Ein Nachteil wäre das kaum und eine Nichtverfolgung von Kleinigkeiten würde sich gleich wohl ermöglichen lassen, wenn dem Verurteilten das Recht gewährt würde, gerichtliche Entscheidung darüber anzurufen, ob das Verfahren gegen ihn eingestellt werden soll.

Zimmerhin könnte der von dem E. vorgeschlagene Weg einstweilen beschritten werden, denn die Erfahrung während einiger Jahre würde die Entscheidung darüber, ob diese Lösung der Frage wirklich sachgemäß ist, wesentlich erleichtern.

Was nun die Ausdehnung des Gnadenrechts anlangt, so wird die Einbeziehung von Diebstahl, Unterschlagung und Betrug vielleicht Bedenken erregen. Ich halte sie nicht für begründet, denn die Fälle in denen die Verfolgung im Interesse der Gesellschaft schädlicher ist als die Nichtverfolgung sind gerade hier recht häufig.

IV.

Von Änderungen ist weiter hervorzuheben, daß § 23 Abs. 3 StPD. wegfallen, in Zukunft also auch der Berichtserstatte über den Eröffnungsbeschuß an der Hauptverhandlung teilzunehmen in der Lage

sein soll. Bei der sachlichen Bedeutungslosigkeit des ganzen Beschlußverfahrens und mit Rücksicht darauf, daß diese Bestimmung bei kleineren Gerichten in der Tat schon in normalen Zeiten Schwierigkeiten für die Besetzung der Strafkammer bereiten kann, dürfte gegen ihre zum mindesten zeitweilige Aufhebung kaum etwas einzuwenden sein.

Daß § 211 StPD. eine redaktionelle Änderung erfahren soll, erklärt sich aus den Bestimmungen, die über die Zuständigkeit des Einzelrichters getroffen sind. Er soll in Zukunft lauten: „Ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens kann zur Hauptverhandlung geschritten werden: 1. von dem Amtsgericht und von dem Schöffengerichte, wenn der Beschuldigte sich freiwillig stellt, oder in Folge einer vorläufigen Festnahme dem Gerichte vorgeführt wird, 2. vor dem Amtsgerichte, wenn der Beschuldigte nur wegen Übertretung verfolgt wird. Der wesentliche Inhalt der Anklage ist in den Fällen der Nr. 1 in das Sitzungsprotokoll, in den Fällen der Nr. 2 in die Ladung des Beschuldigten aufzunehmen.“ Der Abs. 2 des § 23 StPD. fällt fort.

Durch die Neuregelung der Zuständigkeit der Schöffengerichte und Amtsgerichte wurde auch eine Änderung des § 270 StPD. notwendig. Einmal war in Abs. 4 neben den Schöffengerichten auch das Amtsgericht zu nennen. Die Anwendung der in Abs. 4 enthaltenen Bestimmungen ist natürlich überflüssig, wenn der Amtsrichter die Sache an das Schöffengericht verweist, das ist in einem neuen Abs. 5 ausgesprochen. Ferner ist ein Abs. 6 hinzugekommen: „Die Verweisung vom Amtsgericht oder vom Schöffengericht an die Strafkammer darf unterbleiben, wenn die Zuständigkeit des Schöffengerichtes hätte begründet werden können und die Staatsanwaltschaft der Aburteilung der Sache durch das Schöffengericht zustimmt. Das Amtsgericht hat in solchen Fällen die Sache an das Schöffengericht zu verweisen.“ Die Begründung führt zur Rechtfertigung dieser Vorschrift aus (§. 16f.): „Wenn sich in der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht oder vor dem Schöffengericht herausstellt, daß eine Strafsache, für die bei der Anklageerhebung die amtsgerichtliche oder die schöffengerichtliche Zuständigkeit angenommen wurde, zur Zuständigkeit der Strafkammer gehört, so müßte nach der Vorschrift des § 270 Abs. 1 das Amtsgericht oder das Schöffengericht die Sache an die Strafkammer verweisen, auch wenn der Staatsanwalt die Zuständigkeit des Schöffengerichtes hätte begründen können und voraussichtlich begründet hätte. Um die unzweckmäßige Verweisung zu ersparen ist in Abs. 6 vorgesehen,

daß das Schöffengericht eine solche Sache zu Ende führen oder das Amtsgericht die Sache statt an die Strafkammer an das Schöffengericht verweisen darf, wenn die Staatsanwaltschaft zustimmt. Die auf ähnlichen Erwägungen beruhende Vorschrift des § 28 GVG. ist daneben aufrecht erhalten. Sie geht weiter, weil hier die Zustimmung der Staatsanwaltschaft nicht gefordert wird."

Da auch Verbrechen vor den Schöffengerichten zur Aburteilung kommen können, ist es möglich, daß das Schöffengericht eine Zuchthausstrafe für notwendig hält. Die Verhängung einer solchen durch die Schöffengerichte erschien aber nicht angemessen und deshalb ist ein § 270a eingefügt worden: „Erachtet das Schöffengericht, dessen Zuständigkeit gemäß § 29 GVG. begründet worden ist, Zuchthausstrafe für verwirkt, so hat es die Sache an die Strafkammer zu verweisen. Die Vorschriften des § 270 Abs. 2 bis 4 finden entsprechende Anwendung.“ Diese Vorschrift erstreckt sich nach Annahme der Begründung (S. 17) nicht auf Zusatzstrafen, die in Zuchthaus umgewandelt werden müssen.

32.

Das Werden der deutschen Koalitionsfreiheit.

Vortrag, gehalten auf einem Offiziersabend an der Westfront*)
von Dr. jur. Horst Kollmann, Privatdozent an der Universität Kiel,
3. Rt. im Felde.

Quellen und zeitgenössische Schriften.

Das Verzeichnis beschränkt sich auf Anführung der wichtigsten Grundlagen. Rücksichtlich weiteren Materials ist auf meine vorgenannte Arbeit zu verweisen.

1. Reichspatent wegen Abstellung der Handwerkermissbräuche vom 16. August 1731; zu finden in Johann Bachner von Eggenstorff: Vollständige Sammlung aller von Anfang des noch für wärenden teutschen Reichstags de anno 1663 bis dahin abgefaßten Reichsschlüsse: Teil 4 p. 373 ff.

2. Handwerkerordnung für das Königreich Preußen vom 10. Juni 1733, zu finden in M. Meyer: Geschichte der preussischen Handwerkerpolitik Bd. 2 S. 329 ff.

*) Der durch Anführung der markantesten Quellenbelege erweiterte, durch Fortlassen einiger Bemerkungen zur juristischen wie volkswirtschaftlichen Kennzeichnung des Koalitionsrechts gekürzte Vortrag fußt auf meinem demnächst erscheinenden Buche: Die Entstehung des deutschen Koalitionsrechts.